

Stand: 24.04.2024 17:45:11

Vorgangsmappe für die Drucksache 16/14078

"Bewahrung der frei fließenden Donau"

Vorgangsverlauf:

1. Dringlichkeitsantrag 16/14078 vom 16.10.2012
2. Beschluss des Plenums 16/14143 vom 17.10.2012
3. Plenarprotokoll Nr. 109 vom 17.10.2012

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Harald Güller, Franz Maget, Natascha Kohnen, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Kathrin Sonnenholzer, Sabine Dittmar, Ludwig Wörner, Annette Karl, Bernhard Roos, Dr. Thomas Beyer, Reinhold Perlak** und **Fraktion (SPD)**,

Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote, Eike Hallitzky und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**,

Hubert Aiwanger, Florian Streibl und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Bewahrung der frei fließenden Donau

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich beim Bund dafür einzusetzen, dass ein staufengestützter Donauausbau (Variante C 280) zwischen Straubing und Vilshofen nicht weiter verfolgt wird und stattdessen der sanfte Donauausbau ohne Staufen sowie entsprechende Hochwasserschutzmaßnahmen umgesetzt werden.

Begründung:

Der staufengestützte Ausbau (Variante C 280) der Donau zwischen Straubing und Vilshofen ist wirtschaftlich nicht sinnvoll. Die hohen Investitionskosten stehen in keiner Relation zum Nutzen der Variante C 280. Beim sanften Ausbau kann mit einem wesentlich geringeren Kostenaufwand ein weit höherer Gesamtnutzen erzielt werden. Ein Ausbau mit Kanal und Staufe würde die letzten Kilometer frei fließende Donau und die einzigartige Fluss- und Auenlandschaft zwischen Straubing und Vilshofen zerstören – etwa 9.000 Hektar des europäischen Schutzgebietes.

Ziel muss daher sein, dass sich die Schiffe dem Fluss anpassen und nicht umgekehrt. Außerdem gibt es ernstzunehmende Befürchtungen, dass eine Staufe zu steigenden Grundwasserspiegeln und deshalb zu Wasserschäden an Gebäuden und Vernässungen landwirtschaftlicher Nutzflächen führen würde. Die Staatsregierung wird daher aufgefordert, von diesem unwirtschaftlichen bzw. unökologischen Projekt Abstand zu nehmen und stattdessen den sanften Donauausbau ohne Staufen umzusetzen. Die Finanzmittel, die durch den Verzicht auf die Ausbau-Variante C 280 auf Landes-, Bundes- und europäischer Ebene frei werden, sollen für die Verbesserung von Hochwasserschutz-Maßnahmen entlang der Donau eingesetzt werden.

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Harald Güller, Franz Maget, Natascha Kohnen, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Kathrin Sonnenholzner, Sabine Dittmar, Ludwig Wörner, Annette Karl, Bernhard Roos, Dr. Thomas Beyer, Reinhold Perlak** und **Fraktion (SPD)**,

Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote, Eike Hallitzky und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**,

Hubert Aiwanger, Florian Streibl und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 16/14078

Bewahrung der frei fließenden Donau

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

Abg. Hubert Aiwanger

Abg. Reinhold Perlak

Abg. Eike Hallitzky

Abg. Erwin Huber

Abg. Tobias Thalhammer

Abg. Markus Rinderspacher

Staatsminister Martin Zeil

Staatsminister Dr. Marcel Huber

Präsidentin Barbara Stamm: Nun rufe ich zur gemeinsamen Beratung auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten

Markus Rinderspacher, Harald Güller, Franz Maget u. a. und Fraktion (SPD),

**Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN),**

Hubert Aiwanger, Florian Streibl und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Bewahrung der frei fließenden Donau ([Drs. 16/14078](#))

und

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Georg Schmid, Karl Freller, Erwin Huber
u. a. und Fraktion (CSU)**

Donauausbau nach Prüfung der Varianten ([Drs. 16/14095](#))

Ich eröffne die Aussprache und darf als Erstem dem Herrn Kollegen Aiwanger das Wort erteilen.

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Verehrte Frau Präsidentin, Hohes Haus! Das Thema des Donauausbaus ist aktuell wohl in aller Munde. Warum? Weil es ein amtierender Umweltminister gewagt hat, sich vielleicht etwas von der Parteilinie abweichend zu äußern. Dieses Thema beschäftigt die Region seit Jahren, ja seit Jahrzehnten. Für Außenstehende ist der Zusammenhang vielleicht nicht erfassbar und nicht so wichtig. Nach den Planungen der Staustufenbefürworter soll im Bereich der Mühlhamer Schleife eine Staustufe errichtet werden mit der Folge, dass das Wasser dort etwa drei Meter hoch angestaut wird. Die Donau würde bis in den Bereich von Mariaposching zurück aufgestaut. Dies birgt die große Gefahr - diese sehe ich als sehr realistisch an -, dass anliegendes Baugebiet, dass anliegende Ackerflächen durch den steigenden Grundwasserspiegel beeinträchtigt werden. Das ist auch Hauptthema und größte Sorge der Kommunalpolitiker vor Ort. Niederalteich ist in der Diskussion, Deggendorf ist in der Diskussion. Teilweise gibt es noch keine Untersuchungen darüber, wie sich das auf die Gebäude dort auswirken könnte. Zwar

wird von den Befürwortern der Staustufe gesagt, man werde das durch Spundwände abfangen können, und durch Abwasserauffanggräben werde man das Wasser wieder zurückpumpen können und dergleichen mehr. Ziel ist es, einige Schifffahrtstage mehr zu gewinnen. Das finanzielle Volumen wird auf eine Größenordnung von rund 260 Millionen Euro eingeschätzt. Wir wissen alle, dass solche Bauwerke in der Regel erst richtig teuer werden, wenn man schon halb gebaut hat, weil sich dann diverse Nebenkosten herausstellen.

Unsere Überzeugung, die Überzeugung der FREIEN WÄHLER und auch derjenigen, die mit uns gemeinsam diesen Dringlichkeitsantrag eingereicht haben, ist: Wir sollten uns auf dieses Wagnis nicht einlassen. Ich sehe es als Schildbürgerstreich an, hier so viel Geld ins Wasser zu werfen, mit der Gefahr, parallel dazu Gebäudeschäden zu verursachen. Das sind keine erfundenen Horrorszenarien, sondern reale Befürchtungen von Kommunalpolitikern vor Ort. Ich habe vor einiger Zeit mit dem Bürgermeister von Hengersberg gesprochen, der gesagt hat, er fürchte, dass durch den steigenden Grundwasserspiegel eventuell die Kanalisationen nicht mehr ausliefen und dergleichen mehr.

Die ökologischen Aspekte sind vielleicht verschieden zu beurteilen, werden aber auch sehr dramatisch gesehen. Für mich gilt es, das Thema der Bausubstanz vor allen anderen zu nennen, und auch das finanzielle Risiko. Ich kann die Staatsregierung nur aufrufen, der Realität ins Gesicht zu sehen und, ähnlich wie bei der dritten Flughafen-Startbahn, dieses Thema zu den Akten zu legen, die Bürgermeinung vor Ort zu akzeptieren und nicht zu sagen: Wir brauchen das unbedingt. Denn der schifffahrtliche Nutzen wird selbst von Insidern als sehr überschaubar angesehen.

Meine Damen und Herren, in diesem Freistaat gibt es Baustellen genug, und es ist auch dem Steuerzahler gegenüber schwer vermittelbar. Ich habe vorhin eine Besuchergruppe begleitet und habe die Kosten allein für das Gutachten in Höhe von 33 Millionen Euro genannt. Meine Damen und Herren, den Leuten fällt die Kinnlade herunter, wenn sie solche Zahlenspiele hören. 5,5 Millionen Euro davon zahlt der Freistaat

Bayern, die Hälfte des Rests zahlt die EU und die dann noch fehlende Masse der Bund. Da sagt man hier vielleicht: Das zahlen ja nicht wir. Aber wir zahlen es zum großen Teil indirekt trotzdem mit.

Und dann kommt das Gutachten zu einer Feststellung, die von den verschiedenen Interessengruppen unterschiedlich bewertet wird. Das Umweltministerium hat gewagt, hieraus zu lesen, dass diese Ausbaupläne ökologisch und auch anderweitig nicht besonders zielführend seien. Der Deutsche Wasserstraßen- und Schifffahrtsverein hat genau das Gegenteil herausgelesen und sieht beide Ausbauvarianten, die Variante A und die Variante C 280, als ökologisch und ökonomisch sinnvoll an. Ein Gutachten für 33 Millionen Euro, und jeder liest am Ende wieder das heraus, was er gerne herauslesen möchte! Ich denke, wir sollten hier den gesunden Menschenverstand walten lassen, der sagt: Wenn ich ein Wasser an einer Staustufe zwei bis drei Meter anstauere und es sich auf einer Länge von zehn bis zwanzig Kilometern zurückstaut, so sind Auswirkungen zu befürchten, die der beste und teuerste Gutachter im Voraus gar nicht zu Ende durchrechnen kann. Hierfür gibt es diverse Beispiele, etwa den Brombachsee, bei dem es auch im Vorfeld geheißen hat, man habe alles im Griff, und am Ende waren die Keller voller Wasser.

Meine Damen und Herren, ich warne Sie davor, diesen Schildbürgerstreich zu realisieren. Ich bitte die Staatsregierung, die Füße stillzuhalten, lieber nichts zu tun, als einen massiven Fehler zu machen. Lassen Sie die Finger von der Staustufenausbauvariante. Gehen Sie maximal zur sanften Ausbauvariante, bei der das Wasser durch Buhnen in der Mitte gestaut wird, wodurch vielleicht 20 Zentimeter Wasserhöhe mehr gewonnen werden. An dieser Stelle müssen sich dann eben die Schiffe der jeweiligen Wassersituation anpassen. Der untaugliche und sehr teure Versuch, diesen Flussabschnitt den Schiffen anzupassen, wird im Verhältnis zum Nutzen zu teuer. Das hat unkalkulierbare Auswirkungen.

Die CSU schreibt in ihrem Dringlichkeitsantrag: Ausbaupläne erst nach Prüfung durch das Gutachten. Aber, meine Damen und Herren, Sie haben sich schon jahrelang vor-

her festgelegt und sagen: Wir brauchen diese Staustufenausbauvariante unbedingt. Und jetzt sagen Sie: Warten wir erst einmal das Gutachten ab. Sie sind vielleicht etwas enttäuscht, dass im Gutachten wider Erwarten nicht eindeutig das steht, was Sie darin gern stehen hätten.

Weiter schreiben Sie, dem Hochwasserschutz müsse Priorität eingeräumt werden. Ja-wohl, dafür hätten Sie etwas tun sollen. Denn schon seit Jahrzehnten warten Anliegergemeinden - Niederwinkling, Mariaposching, Polder Sulzbach - auf den hundertjährigen Hochwasserschutz. Dort ist nur der dreißigjährige Hochwasserschutz realisiert. In gewissen Gebieten besteht Baustopp.

Die Gemeinden können sich nicht so entwickeln, wie sie wollen. Jahrzehnte hinweg wurden sie mit der Aussage getröstet, man müsse erst die Ausbauvarianten abwarten und könne den Hochwasserschutz erst dann realisieren. Aber wenn man gewollt hätte, hätte man den Hochwasserschutz an dieser Stelle längst realisieren können.

Nur der Vollständigkeit halber sei erwähnt, dass Ihr Ministerpräsident oder unser Bayerischer Ministerpräsident schon im November 2008 hier vor Ort unverzügliche Hochwasserschutzmaßnahmen angekündigt hat. Passiert ist bis heute aber nichts.

Geben Sie dem Thema Hochwasserschutz also wirklich die oberste Priorität. Gönnen Sie den betroffenen Gemeinden endlich den hundertjährigen Hochwasserschutz. Lassen Sie die Finger von der Ausbauvariante C 280. Setzen Sie sich maximal für den sanften Ausbau ein, und hören Sie auf die Bürgermeister vor Ort, die um ihre Gemeindegebiete fürchten. Lassen Sie die Kirche im Dorf. Setzen Sie diese nicht unter Wasser wie bei der Basilika in Niederalteich.

Meine Damen und Herren, lassen Sie gesunden Menschenverstand walten und nicht Betonfetischismus.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Kollegen Perlak.

Reinhold Perlak (SPD): Verehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! In 30 Jahren wurden zum Donau-Ausbau über 30 Varianten von Gutachten mit einem Kostenaufwand von 150 Millionen Euro erstellt. Allein damit hätte man die Variante des naturnahen Ausbaus finanzieren können.

(Beifall bei der SPD)

Schon damals wurde die Erkenntnis gewonnen, dass jeder Ausbau stärkere Eingriffe als die 2002 im Bundestag beschlossene naturnahe Variante A verursacht und sowohl ökologisch als auch ökonomisch unvertretbar ist. Seit 30 Jahren und noch über zehn Jahre nach diesem Bundestagsbeschluss hat sich die Bayerische Staatsregierung der Beschlusslage widersetzt und über Raumordnungsverfahren drei weitere staugestützte Varianten untersuchen lassen. Das Ergebnis war die neu erfundene C-280-Variante.

Jüngst wurden noch einmal 33 Millionen Euro für sogenannte variantenunabhängige Untersuchungen buchstäblich in den Sand gesetzt, während dringende Hochwasserschutzmaßnahmen verantwortungslos hinausgeschoben wurden.

Alles zusammen ist dies eine herbe Missachtung besserer Erkenntnisse. Noch schlimmer ist die oft verletzend und menschenverachtend Kritik jenen gegenüber, die frühzeitig den Unsinn solch irreparabler Eingriffe in die Natur, in eine über Jahrtausende gewachsene Kulturlandschaft erkannt haben.

Jahrzehnte musste es dauern, bis nunmehr vorliegende Untersuchungen, Pläne und Expertisen erneut bestätigen, welch absolut unvertretbares und unsinniges Vorhaben realisiert werden sollte.

(Beifall bei der SPD)

Jahrzehnte musste es dauern, bis die Staatsregierung eingestand, dass sie von jeher eindeutige Fachbeurteilungen ignoriert hat. Wir dürfen übrigens gespannt erwarten, wie sich nunmehr der Regierungspartner FDP als einstmals ausgewiesener Ausbaugegner positioniert.

Geradezu aberwitzig ist es, wenn sich heute noch unbelehrbare Eiferer darüber streiten, ob die von Staatsminister Marcel Huber in der letzten Woche verkündete Wahrheit aus einem vorläufigen Ergebnis zu früh veröffentlicht wurde und damit zwangsweise ein Bekenntnis für den Erhalt der frei fließenden Donau erfolgen musste.

Herr Staatsminister, von vielen mag Ihr Vorgehen als mutig angesehen werden. Attacken aus Ihren eigenen Reihen und auch von anderen mit nach wie vor uneinsichtiger Haltung können Sie getrost ertragen. Getrost, weil es schon immer klar war, dass der sanfte Ausbau bei erheblichen geringeren Ausbaukosten einen weit höheren Gesamtnutzen erzielt. Getrost auch, weil schon immer klar war, dass ein staugestützter Ausbau die Zerstörung einer Vielzahl von Pflanzen und Tieren der Auwälder, von 9.000 Hektar europäischem Schutzgebiet, der Flusssdynamik, der Grundwasserstabilität, der Trinkwasserversorgung und der Abwasserbeseitigung verursacht hätte. Das alles sind Erkenntnisse aus wissenschaftlichen Untersuchungen.

Dass ein C-280-Ausbau gegen Festlegungen des bayerischen Landesamts für Umwelt, gegen die EU-Wasserrahmenrichtlinien, gegen das gemeldete Natura-2000-Gebiet und gegen FFH-Richtlinien verstößt und dass unzählige Behauptungen dieser Art schon immer falsch waren wie beispielsweise jene, dass die letzte Lücke für eine schiffbare Donau geschlossen wird, obwohl 1.400 km von 2.400 km schiffbarer Länge das angestrebte Ausbauziel nicht erfüllt - -

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege, denken Sie an die Gesamtredezeit Ihrer Fraktion!

Reinhold Perlak (SPD): Ich will es gern abkürzen.

Vor diesem Hintergrund ist eine Investition nicht vertretbar. Wir hoffen auf die Bayerische Staatsregierung, dass sie davon Abstand nimmt, und erwarten, dass sie sich darum bemüht, die frei verfügbaren Mittel für einen aktiven Hochwasserschutz einzusetzen. Wir wollen unsere Heimat schützen. Wir wollen die Natur schützen. Aber der Ausbau nützt nicht der Heimat, nicht der Wirtschaft und nicht den Menschen.

Abschließend danke ich mit höchstem Respekt all denen, die sich über Jahrzehnte hinweg für die donauschützenden Ziele eingesetzt haben. Ich danke auch allen in diesem Hohen Hause, die heute dem Dringlichkeitsantrag zustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Kollegen Hallitzky.

Eike Hallitzky (GRÜNE): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Reinhold, in dem Roman "Hundert Jahre Einsamkeit" gibt es einen Satz, der über vier Seiten geht. Er ist hoch spannend. Mit so einem Satz darf man dann auch jede Redezeit überschreiten.

Liebe Freundinnen und Freunde der frei fließenden Donau, die Sie in diesem Hause mittlerweile eine breite Mehrheit haben, wir sind Teil eines großen Bündnisses von Menschen, die sich für die frei fließende Donau einsetzen, für die die Donau Heimat ist, die sie bewahren wollen und die wir alle gemeinsam bewahren werden. Wir stehen gemeinsam für den Erhalt der ökologisch unschätzbar wertvollen Auenlandschaft. Wir fordern jene, die bis heute noch gezögert haben, auf: Schließen Sie sich uns an!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Schließen Sie sich jenen CSU-Ministern an: Herrn Dr. Huber, Frau Dr. Merk, Herrn Dr. Söder. Diese haben sich mittlerweile auf den Weg gemacht, um uns, den GRÜNEN, der SPD, den FREIEN WÄHLERN und vor allen Dingen den Menschen vor Ort zu folgen. Seit mittlerweile drei Jahrzehnten wurde mit einem hohen einstelligen Millio-

nenbetrag untersucht, wie die Zukunft für die frei fließende Donau aussieht. Darüber sind manche grau geworden, weil wir fast genauso lange im Landtag debattieren. Christian Magerl war früher noch ein junger Knacker.

(Albert Füracker (CSU): Dem sind die Haare ausgefallen! - Allgemeine Heiterkeit)

- Kollege Füracker, ich bin froh, dass Sie glauben, dass ich schon 20 Jahre im Landtag bin, und Sie Respekt vor mir haben.

All diese Untersuchungen bestätigen nichts anderes als das, was die GRÜNEN, die SPD, die FREIEN WÄHLER und die Naturschützer gesagt haben. Wir hatten recht, und wir haben recht.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Wir haben aus ökologischer Sicht recht. Die Donau zwischen Straubing und Vilshofen ist ein Naturjuwel, das es äußerst selten in Europa gibt. Viele vom Aussterben bedrohte Tierarten gibt es nur hier. Die Donau ist ihr letzter Rückzugsort. Die Qualität hängt unmittelbar mit der Dynamik der Auwälder zusammen. Diese würden durch eine Staustufe zerstört. Deshalb sagen wir und sagt Marcel Huber Nein zu Staustufen und Ja zum fließenden Donaustrom.

Wir haben ebenfalls aus verkehrspolitischer Sicht recht. Die Donau ist eine Lebensader der Natur sowie eine kulturelle Lebensader Europas. Eines ist sie aber nicht: eine wichtige Wasserstraße. Schauen Sie sich die Zahlen vom Rhein oder anderen Flüssen an. Im Vergleich zum Rhein ist die Donau unbedeutend. Vor allen Dingen ist sie keine Alternative zum Lkw-Verkehr auf der A 3. Sie wird es auch nie sein. Das aber ist die zentrale Begründung, mit der Sie in Niederbayern hausieren gehen. Ernst Hinsken, Erwin Huber, Manfred Weber und die Betonmischer-Fraktion der CSU-Fraktion sagen wissentlich die Unwahrheit, wenn sie behaupten, sie könnten Lkws von der A 3 weg und auf die Donau bringen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Maximalausbau der Donau würde gar nichts bringen. Die Gründe sind bekannt. Containerverkehre können nicht durch den Rhein-Main-Donau-Kanal. Um es flapsig auszudrücken: Die cleveren Jungs von der RMD, die jetzt Staustufen an der Donau bauen wollen, haben den Rhein-Main-Donau-Kanal so tief gebaut, dass man U-Boot-Flotten unerkannt hindurch verlagern kann. Blöderweise sind die Brücken aber alle so niedrig, dass nicht ein einziges Containerschiff wirtschaftlich im Seeschiff-Hinterlandverkehr von Rotterdam aus da durchfahren kann. Es gibt kein öffentliches Verkehrsinteresse, weil die Bahn die Alternative zum Lkw darstellt, nicht das Schiff.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ganz davon abgesehen brauchen wir keine Gigaliner-Schiffe, sondern Schiffe mit einem geringeren Tiefgang. Wir kennen alle die Klimaentwicklung und wissen, was daraus folgen wird. Bisher passiert bei Ihnen nichts, abgesehen davon, dass die auffällige Häufung von Schiffshavarien an der niederbayerischen Donau in erster Linie dem technischen Zustand der Schiffe geschuldet ist. Anders als beim Rhein gibt es bei der Donau keine Regelung zum Standard und zur Ausrüstung von Schiffen mit modernem Funksystem. Das ist Ihr Versagen. Wir wissen das selbstverständlich auch schon länger. Leider konnten wir es aus der Opposition heraus nicht ändern.

Ein Letztes: Der Landtag ist ebenfalls nicht dazu da, die wirtschaftliche Zukunft von Wirtschaftsunternehmen wie der RMD zu pampern. Wir wissen doch alle, dass die RMD ein erhebliches Ausbauiinteresse hat. Zum einen sichert sie die Arbeitsplätze in ihrer Planungsabteilung, zum anderen hat sie die Konzession zur Nutzung der Wasserkraft auf der Donau. Sie hat gesagt, sie würde sie nur dann nutzen, wenn die Staatsregierung sie darum bitte. So steht es in der Verzichtserklärung. Deshalb ist es ein unerträglicher politischer Skandal, dass der RMD Wasserstraßen GmbH die Projektleitung für die 33 Millionen-Euro-Studie von der EU übertragen worden ist. Die kamen trotzdem zu einem Ergebnis, das sie nicht wollten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, nach 20 Jahren - Herr Kollege Perlak sagt 30 Jahre - ist die Zeit der ökologisch ignoranten Betonmischer in Ihren Reihen abgelaufen.

(Allgemeine Heiterkeit)

Heute haben Sie die Chance, Ihren Irrweg endgültig zu beenden. Stimmen Sie deshalb heute dem fraktionsübergreifenden Antrag von GRÜNEN, SPD und FREIEN WÄHLERN zu. Lassen Sie uns lieber gemeinsam mit dem Bayerischen Heimattag dafür arbeiten, dass das seit Jahrtausenden - wirklich seit Jahrtausenden - nachweislich besiedelte Donautal mit seinem sich wechselseitig bedingenden einzigartigen ökologischen und kulturellen Wert Aufnahme in die Welterbeliste der UNESCO als kombiniertes Weltkultur- und -naturerbe findet. Hier liegt die Zukunft der niederbayerischen Donau, nicht im Beton.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Den Rest werde ich in der Zwischenbemerkung zu Herrn Huber sagen.

Präsidentin Barbara Stamm: Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Kollegen Huber.

Erwin Huber (CSU): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Tatsache, dass jetzt der vierte Niederbayer spricht, erweckt den Eindruck, als handle es sich um ein niederbayerisches Anliegen. Das ist aber nicht richtig. Die Donau ist eine Bundeswasserstraße. Sie verbindet mit dem Rhein-Main-Donau-Kanal die Nordsee mit dem Schwarzen Meer. Sie führt quer durch Europa. Sie ist eine europäische Transversale von großer wirtschaftlicher Bedeutung.

(Beifall bei der CSU)

Mir gefällt es nicht, dass Sie mit dem Begriff "Betonmischer-Fraktion" ein Gaudium daraus machen. Das Thema ist viel zu komplex, um es in so einer simplen Art und Weise abzuhandeln, wie wir das gerade erlebt haben.

(Beifall bei der CSU)

Es trifft gerade für Niederbayern zu, dass wir seit Jahrzehnten streiten. Es sind 35 verschiedene Ausbauvarianten untersucht worden. Das war sehr kostspielig. Das ist richtig. Das macht deutlich, dass man nicht sagen kann: Ich gehe daher und lege eine einzige Lösung auf den Tisch. Meine Damen und Herren, es ist viel zu komplex. Deshalb haben die Gutachten, die wir in Auftrag gegeben haben, die in der Tat nicht billig sind - 33 Millionen Euro -, einen großen Wert, weil sie die Grundlage für die Umweltverträglichkeitsprüfung sind. Damit steht eine der besten Untersuchungen eines ökologischen Raums überhaupt zur Verfügung. Jede Ausbauvariante wird diese Grundlage in Zukunft für Genehmigungsverfahren brauchen.

(Beifall bei der CSU)

Deshalb ist es sinnvoll gewesen, dass wir vor einigen Jahren gesagt haben: Wir geben diese Gutachten in Auftrag. Der gesamte Lebensraum wird untersucht. Ich halte es jedoch für eine Geldverschwendung, wenn man die Ergebnisse nicht abwartet, sondern einfach simpel entscheidet.

(Margarete Bause (GRÜNE): Das ist Ihr Namensvetter!)

Man muss die Komplexität dieses Themas darstellen. Einmal geht es um den Ausbau einer Bundeswasserstraße. Das ist die Aufgabe des Bundes. Die Ausbaukosten für die Wasserstraße übernimmt voll und ganz der Bund. Der Freistaat Bayern ist zuständig für den Hochwasserschutz. Nach Öffnung der Grenzen sehen wir, wie sich der europäische Warenaustausch entwickelt. Wir werden in der Zukunft bessere und leistungsfähigere Verkehrswege brauchen. Ich kann immer sagen: Die Bahn ist besser. Heute sage ich Ihnen: Die Donau-Schiene ist mit Güterverkehr voll ausgelastet. Im

Grunde bringen sie kaum eine zusätzliche Tonne darauf. Wer die dortigen Verhältnisse kennt, weiß auch, dass die A 3 über Nürnberg, Regensburg und Passau in den österreichischen Raum führt. Auf der rechten Spur befindet sich im Grunde eine Lkw-Kolonne. Das ist nicht ausbaufähig. Wenn wir eine Zukunft wirtschaftlicher Standorte wollen, müssen wir in der Lage sein, alle Verkehrsträger sinnvoll auszubauen und nicht nur einen.

(Beifall bei der CSU)

Selbstverständlich ist der Hochwasserschutz wichtig. Sie tun so, als ob der Hochwasserschutz im Grunde ohne ökologische Wirkungen wäre. Auf der Grundlage der jetzigen Unterlagen müssen wir davon ausgehen, dass allein für den Hochwasserschutz vier- bis fünftausend Hektar Land benötigt werden. Das gilt für den Hochwasserschutz, nicht für den Ausbau der Donau. Das ist mit erheblichen ökologischen Auswirkungen verbunden. Diese Auswirkungen müssen auch untersucht werden.

Wir haben ein Ökosystem von hoher Sensibilität: Vogelschutzgebiet, FFH-Gebiete und viele Naturschutzgebiete. Sie sagen ganz locker, die einen seien die Betonmischer-Fraktion, die anderen die Naturschützer. Dazu muss ich sagen: Für diejenigen, die in Niederbayern zuhause sind und dort leben, nehme ich in Anspruch, dass sie ihre Heimat lieben und erhalten wollen. Sie sind jedoch auch in der Lage, einen sinnvollen Kompromiss zu finden.

(Beifall bei der CSU)

Eigentlich reden Sie gegen ein Phantom. Der staustufengeschützte Donauausbau ist überhaupt nicht mehr auf der Tagesordnung.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Sondern?)

Bei der Variante C 280 geht es um eine Stützschwelle, die ständig überflutet ist. Sie ist nicht drei Meter aufgestaut. Herr Aiwanger, Sie sind nicht auf der Höhe der Zeit, wie

immer. Das kennen wir doch von Ihnen. Diese Stützschwelle ist ständig überflutet; da gibt es keine Staumauer.

Jetzt muss ich ein Wort zu Ihnen sagen, Herr Kollege Perlak. Ihre schöne Stadt Straubing ist Gott sei Dank hochwasserfrei, und zwar dank einer hohen Staustufe im Norden der Stadt und wegen der Kanalisierung. Damals waren Sie nicht gegen den Beton, weil er Ihrer Stadt genutzt hat.

(Beifall bei der CSU)

So scheinheilig kann man doch nicht sein!

Jetzt nenne ich Ihnen zwei Beispiele, die zeigen, dass es nicht so ganz einfach ist, zu sagen, der Ausbau nach der Variante A ist sanft und der Ausbau nach der Variante C 280 ist umweltzerstörend. Bei der Variante A - das ist wohl diejenige Variante, die sich hinter Ihrem sanften Donauausbau verbirgt - müssen Sie etwa 600.000 Tonnen Steine und Felsen in die Donau werfen. 600.000 Tonnen! Und Sie müssen immer wieder nachschieben, weil die Steine und das Geröll durch die Donau natürlich verändert werden. Jetzt möchte ich einmal fragen: Ist denn das umweltfreundlich? Ist das sanft? Im Übrigen muss das auch von der Europäischen Union genehmigt werden. Denn wer den Fluss in einem FFH-Gebiet so verändert, braucht eine Ausnahmegenehmigung der EU. Die simple Darstellung, A sei sanft, bedeute überhaupt keinen Eingriff in die Natur und könne sofort gemacht werden, ist eine komplette Irreführung, meine Damen und Herren.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Darum lassen wir auch die Variante A bleiben! - Zuruf der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Jetzt nenne ich Ihnen einen Vorteil der Variante C 280, den sie neben ihren ökonomischen Vorteilen bietet. Das wird auch bei dem Gutachten herauskommen, und dann werden wir sehen, wie schwierig die Abwägung ist. Dort wird nämlich die sogenannte Mühlhamer Schleife völlig schiffahrtsfrei gemacht. Dann entsteht die Möglichkeit, im

Altwasser, das durchflossen wird, zusammen mit den Uferflächen in einem Umfang von vielen tausend Hektar wahrscheinlich das größte Naturschutzgebiet an der Donau überhaupt zu schaffen. Das geht aber nur, wenn man diesen Kanal baut und den Bereich der Mühlhamer Schleife der Natur übergibt. Ich weiß auch nicht, was in der Abwägung nun besser oder schlechter ist. Deswegen machen wir ja die Gutachten. Aber einfach zu sagen, das wischen wir vom Tisch, das sehen wir gar nicht, ist nicht einmal Grundschulniveau.

(Beifall bei der CSU)

Deshalb sage ich: Lassen Sie uns doch nach ewig langem Streit diese Gutachten auswerten. Diese insgesamt 11.000 Seiten haben wir am Ende dieses Jahres zu erwarten.

(Markus Rinderspacher (SPD): Sie haben es noch gar nicht?)

- Das sage ich gerade: Ende dieses Jahres wird das Gutachten auf 11.000 Seiten vorgelegt. Unabhängige Experten haben es erarbeitet. Warum soll ich es nicht auswerten? - Wir schlagen heute vor, die jahrelange Arbeit von unabhängigen Experten zu nutzen. Ich bin auch dafür, dass der Diskussionsbeitrag von Marcel Huber - er ist mit Sicherheit der kompetenteste Umweltpolitiker und rangiert weit über dem, was auf der linken Seite des Hauses vorhanden ist, meine Damen und Herren -

(Beifall bei der CSU)

in die weiteren Begutachtungen hineingenommen wird. Dann haben wir vielleicht drei Varianten. Wir wollen einen sinnvollen Kompromiss, wir wollen die Donau als Raum der ökologischen Vielfalt erhalten, wir wollen diesen Raum aber auch wirtschaftlich nutzen. Das allein bringt Zukunft, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege Huber. Für eine Zwischenbemerkung darf ich jetzt Herrn Kollegen Hallitzky das Wort erteilen.

Eike Hallitzky (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Huber! Zunächst einmal möchte ich sagen: Es ist keine Stützschwelle. Ich zitiere dazu aus dem Papier des Huber-Ministeriums: Die geplante Staustufe bei Variante C 280 bedeutet einen massiven ökologischen Eingriff in das sensible Ökosystem und verändert den Charakter der frei fließenden Donau bei Niedrigwasser gravierend über weite Strecken bis Mariaposching.

Herr Huber, eine Staustufe bleibt auch dann eine Staustufe, wenn Sie sie "Stützschwelle" nennen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweitens, zum Thema Verkehrsverlagerung: Das Planco-Gutachten wurde unter anderem auch deswegen gemacht, weil man versucht hat, zu widerlegen, was wir in einer eigenen Studie auf der Grundlage der Zahlen des Ifo-Instituts herausbekommen haben. Im Ifo-Institut sind bekanntlich Leute, die Ihnen eigentlich nahestehen. Wir haben damals herausbekommen, dass das Potenzial, Lkw-Verkehr auf das Schiff zu verlagern, im niedrigen Promillebereich liegt. Wenn Sie Ihre Verkehrspolitik auf so etwas aufbauen, sollten Sie Ihren Vorsitz im Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr abgeben.

Drittens. Sie fragen, warum wir die Studie nicht abwarten können. Ich meine, ich könnte natürlich ganz billig zurückgeben und sagen: Fragen Sie das mal Ihren Umweltminister! - Aber es ist doch so: Was bisher aus der Studie veröffentlicht ist, ist völlig klar; das kann ich Ihnen auch aus diversen Zeitungen vorlesen. Die Inhalte, die da drinstehen, bestätigen genau das, was ich soeben gesagt habe, und nicht das, was Sie sagen. Im Übrigen hat es natürlich auch einen politischen Grund, warum wir das hochziehen: Der politische Grund ist, dass wir nicht auf der Brennsuppn dahergeschwommen sind und genau mitbekommen, wie der alte General Erwin Huber versucht, die alten Bataillone um sich herum zu versammeln.

Das hat die junge, die ewig junge, fließende Donau nicht verdient.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deshalb fordern wir die CSU auf, heute über ihren Schatten zu springen, damit Sie nicht Ihre alten Webers und Co. noch einmal ausgraben können.

(Beifall bei der CSU)

Erwin Huber (CSU): - Ich warte jetzt ein paar Sekunden, bevor ich Ihnen antworte, damit ich meinen Pegel etwas herunterfahre und sachlich bleibe.

Man muss eines sehen: Die Donau ist auch in diesem Bereich kein unberührter Fluss, der wie vor Jahrhunderten durch das Donautal fließt. Er ist vielmehr im Grund auch heute schon sehr stark durch die Schifffahrt und durch die Ökonomie geprägt. Deswegen sind wir der Meinung, dass man den Versuch unternehmen muss, eine sinnvolle Balance zwischen Ökonomie und Ökologie herzustellen. Ob Sie mich nun polemisch angehen oder nicht, ich meine jedenfalls: Es war ein sinnvoller Weg, zu sagen, wir wollen den ewigen ideologischen Streit, in dem Sie weiterhin befangen sind, durch eine breite ökologische Untersuchung auflösen. Dabei wird nicht die eine oder die andere Lösung herauskommen, sondern es wird herauskommen, welche Auswirkungen die eine Variante und welche Auswirkungen die andere Variante hat. Der bayerische Umweltminister hat nicht gesagt, er wolle einfach die Variante A übernehmen. Er hat vielmehr gesagt, die Variante A muss ökonomisch und ökologisch optimiert werden. Ich bin der Meinung, dass das durchaus ein interessanter Vorschlag ist, den wir auch in den weiteren Untersuchungen bewerten. Wir sind nämlich nicht so vernagelt, wie Sie glauben, sondern wir haben dann drei Positionen: C 280, die Variante A, und vielleicht haben wir die Variante Marcel Huber - A plus. Dann werden wir die beste Möglichkeit heraussuchen. Nur wer denkt, kommt zu einer sinnvollen Lösung, nicht derjenige, der die Fakten und die Informationen nicht mehr zur Kenntnis nimmt, weil er ideologisch so festgelegt ist wie die GRÜNEN.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Wir kommen zur nächsten Zwischenbemerkung, Herr Kollege Perlak. Bitte schön.

Reinhold Perlak (SPD): Sehr geehrter Herr Huber, ich bin überrascht, dass Sie heute eine "weichgespülte" Version vortragen.

(Margarete Bause (GRÜNE): Der sanfte Huber! - Erwin Huber (CSU): Sehr gut! Das gefällt mir. Sie sehen, ich bin lernfähig. Damit kann ich gut leben!)

Dabei sind Sie früher immer für den Maximalausbau eingetreten. Wenn Sie heute Herrn Staatsminister Marcel Huber eine eigene Variante zubilligen, dann klingt das ganz anders als jene Veröffentlichungen, die Herr Marcel Huber in den Medien lanciert hat. Er nimmt nämlich genau Bezug auf Expertisen, die er von seinem Ministerium einlesen hat lassen.

Sie sprechen zweitens von einer hohen Wirtschaftlichkeit, die diese Region und die Donau benötigen. Sie kennen genauso gut wie ich die diversen Gutachten, in denen festgestellt wird, dass nach einem Ausbau in Variante C 280 gegenüber dem jetzigen, naturbelassenen Ausbau eine tägliche Mehrung von 2,7 Schiffen entsteht. Man überlege sich: 2,7 Schiffe fahren zusätzlich, ohne einen wirtschaftlichen Nutzeffekt in der Region zu lassen. Würde man die Summen, die dafür investiert werden, verehrter Herr Wirtschaftsminister Zeil, tatsächlich in die regionale Wirtschaftsförderung stecken, hätten die Natur, der Mensch und die Wirtschaft etwas davon.

(Beifall bei der SPD)

Ich könnte jetzt noch auf viele Ihrer Äußerungen eingehen; darauf verzichte ich. Aber zu einer möchte ich etwas sagen, weil ich sie als beinahe beleidigend empfunden habe. Sie haben gesagt, ich hätte mich damals für den Hochwasserschutz von Straubing eingesetzt. Natürlich musste ich das tun, genauso wie wir uns jetzt für den Hoch-

wasserschutz aller Kommunen entlang der Donau einsetzen. Das ist doch das Normalste und eine Selbstverständlichkeit.

Im Übrigen wollte ich noch sagen: Auch jene Behauptung, dass sich die Anliegerkommunen für diesen Ausbau entschlossen haben, war und ist nach wie vor falsch. Nur drei von 27 Anliegerkommunen haben diesem Ausbau zugestimmt. Das wissen Sie genau, Herr Huber. Deswegen überrascht es uns wie viele andere umso mehr, dass Sie noch an diesen Aussagen festhalten, obwohl Sie wissenschaftlich widerlegt sind.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erwin Huber (CSU): Meine Damen und Herren! Ich möchte zunächst einmal auf Folgendes hinweisen. Es gab in den Achtziger- und Neunzigerjahren Pläne, drei große Staustufen entsprechend der Staustufe nördlich von Straubing mit acht oder neun Metern Fallhöhe zu bauen. Mein Vorgänger im Amt als Wirtschaftsminister, Otto Wiesheu, hat diese Pläne auch mit Engagement vertreten. Wir in Niederbayern haben in den Neunzigerjahren eine sehr tiefgehende Diskussion geführt und uns von diesen Ausbauplänen mit drei oder vier hohen Staustufen verabschiedet. Wir haben uns seinerzeit für die Lösung C 280 ausgesprochen. Das war ein großer Fortschritt. Deshalb kenne ich diese Thematik schon sehr lange. Diese Variante C 280 hat eben keine Staumauer. Sie hat eine ständig überflutete Stützschwelle. Das heißt aber auch, dass dabei auf die ökologischen Belange sehr stark Rücksicht genommen wird.

Jetzt muss man aber fragen, welche Maßnahme einen Sinn macht, wenn man überhaupt Baumaßnahmen durchführt. Die Variante A ohne Nebenwirkungen würde die Schiffbarkeit der Donau von 170 auf 190 Tage im Jahr erhöhen. Sie kostet über 400 Millionen und hat einen Effekt von 20 zusätzlichen Schifffahrtstagen.

Die Variante C 280, die ich vertrete, weil ich sie für sinnvoll halte, ist ein bisschen teurer. Das gebe ich zu. Sie erhöht aber die Schiffbarkeit der Donau im Bereich zwischen Straubing und Vilshofen von 170 auf 290 Tage im Jahr. Sie kostet 100 bis 200 Millionen mehr. Bevor ich für 20 zusätzliche Tage 400 Millionen ausbebe, muss ich mir

überlegen, ob das eine Fehlinvestition ist oder ob ich auch unter ökologischen Gesichtspunkten bereit bin, einen sinnvollen Ausbau zu machen, der dann aber einen sinnvollen Konsens zwischen der Ökonomie und der Ökologie darstellt. Das ist die Aufgabe, vor der wir stehen.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Darüber streiten wir ziemlich lange. Lasst uns doch jetzt diese Untersuchung abwarten. An keinem Fluss in Deutschland gibt es wahrscheinlich eine so gründliche Untersuchung, wie sie jetzt an der Donau gemacht wird. Sie wird spätestens im Dezember vorgelegt werden. Lasst uns dann darüber streiten. Warum soll ich jetzt ein paar Wochen vorher sagen, die eine oder die andere Lösung ist richtig?

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das sagen Sie schon seit Jahren!)

Das ist Ideologie. Ich bin dafür, dass das, was Umweltminister Marcel Huber vorgeschlagen hat, als weiterer Tatbestand in diese Prüfung aufgenommen wird. So stelle ich mir tragfähige Entscheidungen vor.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Bevor ich als Nächstem Herrn Kollegen Aiwanger das Wort erteile, darf ich bekanntgeben, dass für den interfraktionellen Antrag aus den Reihen der Opposition namentliche Abstimmung beantragt wurde. Herr Kollege Aiwanger, bitte.

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Um persönlich zu sein, Herr Huber: Sie haben vorher gesagt, Aiwanger sei wie immer nicht auf der Höhe der Zeit. Können Sie sich an unser Interview erinnern, dass wir kurz vor Fukushima geführt haben? Damals waren wir bei Donau-TV und haben über die Atomenergie diskutiert. Damals haben Sie gesagt, Aiwanger versteht nichts von Atomenergie und Energiepolitik, wir brauchen die Laufzeitverlängerung für die Atomkraftwerke. Soviel dazu.

Jetzt frage ich Sie aber: Sie haben vorhin gesagt, Aiwanger kenne sich mit dem Aufstauen der Donau nicht aus. Hier liegt die Pressemitteilung vom Parlamentarischen Abend zum Donauausbau von der Deutschen Wasserstraßen- und Schifffahrtsvereinigung vor. Dort heißt es zur Variante C 280: Das Wehr hebt den Wasserstand der Donau um zwei bis drei Meter an. Das steht hier wortwörtlich. Jetzt frage ich Sie, wenn Sie so auf der Höhe der Zeit sind: Wenn das nicht stimmt, um wie viel dann? Nennen Sie eine Zahl. Um wie viel wird der Wasserstand angehoben?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erwin Huber (CSU): Die Variante C 280 soll insgesamt zu einer Tiefe von 2,80 Meter führen. Darum heißt sie auch so. Bei einer Tiefe der Schiffe von 2,50 Meter bleiben zirka 30 Zentimeter Wasser unter dem Kiel. Diese Stützschwelle, von der wir sprechen, wird ständig überflutet sein. Wir haben keine riesige Staumauer. Der Bereich zwischen Straubing und Vilshofen wird völlig anders ausgebaut werden als die Teile nördlich von Straubing. Die Stützschwellen haben eine Höhe von 1,80 Meter und werden ständig überflutet sein. Das ist die Planung, die der Variante C 280 zugrunde liegt.

Natürlich werden wir nicht sagen, das ist einmal in der Welt und deswegen sind wir nicht mehr bereit, es zu verändern. Jetzt muss die Untersuchung auf den Tisch. Dann werden wir über diese Untersuchung diskutieren. Dann muss das Ganze in ein Planfeststellungsverfahren. Dann wird eine Entscheidung fallen. Das heißt, dass wir nicht aus der Hand heraus mit der Pistole schießen und sagen, das ist das einzig Richtige. Wir müssen in der Lage sein, eine genaue Abwägung vorzunehmen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Diese zwei bis drei Meter, sind die falsch oder richtig?)

Die Planung, soweit ich sie kenne, sieht 1,80 bis zwei Meter vor. Die Stützschwelle ist aber ständig überflutet.

Dazu muss man noch Folgendes sagen: Beide Ausbauvarianten, die jetzt vorliegen, brauchen eine Genehmigung durch die Europäische Union, weil sie einen Eingriff in FFH-Gebiete darstellen. Sie tun so, als ob der sanfte Donauausbau es ermöglicht, dass man einfach mit dem Schiffchen hinunterfahren kann. Auch das ist ein erheblicher Eingriff in die Flusslandschaft und die Flussökologie.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Dann lassen wir den auch bleiben!)

Ich sage Ihnen, jede Abwägung darüber, ob man in die Natur eingreift, muss eine Abwägung zwischen Nutzen und Kosten oder Lasten sein. Für einen sehr geringen Nutzen, für 20 Schifffahrtstage mehr im Jahr, lohnt sich ein so hoher finanzieller Aufwand mit einem massiven Eingriff in den Fluss nicht. Man müsste dafür 600.000 Tonnen Steine durch Buhnen in den Fluss einbringen. Ich habe erhebliche Bedenken, ob das noch für den Fluss verträglich ist. Deshalb sage ich, dass wir den Mut und den Willen haben müssen, beide Varianten objektiv zu untersuchen. Lassen Sie uns doch dieses Gutachten abwarten. Lassen Sie es uns auswerten. Dann können wir meinetwegen weiterstreiten. Jetzt aber, zwei Monate bevor die Unterlagen vorliegen, zu entscheiden, ist nicht sachgerecht. Das bestätigt alle Vorurteile gegenüber der Politik. Ich bin für sachgerechte Entscheidungen unter Abwägung aller ökologischen und ökonomischen Aspekte.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Jetzt hat der Kollege Tobias Thalhammer das Wort.

Tobias Thalhammer (FDP): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Hallitzky, ich fühle mich sehr geschmeichelt, wenn Sie die drei Oppositionsparteien in einem Atemzug als Speerspitze der politischen Staustufengegner nennen und mich namentlich als Tobias Thalhammer auch einbeziehen. Ich will mich nicht mit fremden Federn schmücken. Sagen Sie einfach nur Thalhammer.

(Zuruf von den GRÜNEN: Tobi!)

Ich möchte auch den Bürgermeister Thalhammer von Niederalteich mit einbeziehen, der sich sehr intensiv mit einbringt. Ich kann Sie trösten. Ich spreche das aus, wozu die FDP einen ganz klaren Parteitagsbeschluss gefasst hat.

Lieber Herr Kollege Huber, ich bin voll und ganz bei Ihnen. Auch wir streben eine sachdienliche Lösung an. Auch wir streben ein Abwägen der Sachargumente an und wollen eine sinnvolle Lösung. Deswegen glauben wir, dass der sanfte Donauausbau eine sinnvolle Lösung ist.

Wir möchten das auch ganz gerne begründen. Unser Entscheidungshorizont ist nicht davon geprägt, dass wir bei diesem Thema ideologisch verankert wären oder weil wir ein Konjunkturprogramm für die Betonindustrie haben wollen. Wir wollen die Sachgründe aus ökologischer und ökonomischer Sicht abwägen. So hören Sie es von mir immer. Wir wollen eine faire Partnerschaft von Ökologie und Ökonomie. Wenn ich die Maßnahmen zunächst ökologisch betrachte und nach dem ökologischen Preis frage, stelle ich fest, dass bei der Variante C 280 die Staustufe ökologische Folgen hat, egal ob man sie sieht oder nicht. Es ist vielleicht optisch schöner, wenn man sie nicht sieht. Dennoch werden die Folgen durch eine ökologische Staustufe bleiben. Das hat immense Auswirkungen auf den Fluss. Da ist dann nichts mehr mit dem bayerischen Amazonas, wie die Donau in diesem Bereich häufig liebevoll genannt wird. Das hat eine leblose, sterile Donau zur Folge mit einem gleichbleibenden Wasserstand, mit wenig Bewegung im Wasser. Das wiederum hat immense negative Auswirkungen für die Fische, für die Tierwelt, aber auch für die Ufer, für die Auwälder und auch, wie wir gehört haben, fürs Ackerland. Es ist also festzuhalten: Die ökologische Wirkung ist immens.

Wenn ich mir jetzt im Gegensatz dazu die Variante A anschau, die auch Beschlusslage der FDP-Fraktion ist, so entnehme ich einem sehr guten und sachlichen Beitrag der "Süddeutschen Zeitung" vom vergangenen Montag, dass es bei der Variante A sogar noch zu Verbesserungen der ökologischen Situation kommt. Durch diese Variante werden nämlich entlang der Donau unterschiedliche Fließgeschwindigkeiten er-

möglichst. Unterschiedliche Fließgeschwindigkeiten sind ein Vorteil für die Fischwelt, ein Vorteil für die Pflanzenwelt.

(Zuruf des Abgeordneten Eberhard Sinner (CSU))

Ich sehe somit die Konsequenz, dass es beim Ausbau nach Variante A sogar eine Verbesserung des ökologischen Status quo gibt. Das ist in die Gesamtdarstellung einzubeziehen.

(Erwin Huber (CSU): Das wird einbezogen!)

Schauen wir uns das jetzt von der ökonomischen Seite an. Die Variante C 280, das haben Sie in Ihrer Rede auch ehrlich zugegeben, ist massiv teurer. Sie ist nicht doppelt so teuer, sondern sie ist dreimal so teuer, so viel bisher aus dem Gutachten durchgesickert ist. Sie ist also dreimal so teuer wie die sanfte Variante A. Wenn wir uns den ökonomischen Nutzen anschauen, dann geht es nicht darum, um wie viele Tage mehr die Donau jetzt schiffbar gemacht wird. Es geht darum, wie denn die Nachfrage ist. Wie viele Tonnen Fracht würden auf der Donau transportiert? Da stelle ich fest, dass der Nutzen der Variante C 280 gegenüber der sanften Variante A marginal ist. Das Frachtaufkommen wird, soviel jetzt durchgesickert ist, auf 12,8 Millionen Tonnen geschätzt, bei der Variante A auf 11 Millionen. Das heißt, es ist nahezu genauso viel Frachtaufkommen möglich. Es stellt sich also nicht die Frage, wie viele Tage mehr ist die Donau schiffbar, sondern entscheidend ist, wie hoch die konkrete wirtschaftliche Nachfrage ist. Diese Nachfrage kann mit Variante A fast genauso befriedigt werden wie mit Variante C 280.

Demzufolge kann man zusammenfassen: Nach allem, was wir bisher aus diesem Gutachten erfahren durften, nach allem, was bislang durchgesickert ist, könnte es aus ökologischer Sicht eine klare Stellungnahme für die sanfte Variante A geben. Auch aus ökonomischer Sicht werden die Ausbauziele - ich stelle fest, den Ausbau wollen alle Fraktionen - mit der schonenden Variante A genauso gut erreicht. Meine Fraktion wird, mit Ausnahme des Fachsprechers, aufgrund der formalen Gründe, weil wir die-

ses Gutachten abwarten wollen, weil wir es explizit und intensiv auswerten wollen, diesen Antrag heute ablehnen. Ich betone aber, nicht aus inhaltlichen Gründen, sondern aus formalen Gründen.

(Lachen bei der SPD und den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, die Debatte war in den letzten Tagen nach der sachlich begründeten Verlautbarung unseres Umweltministers sehr intensiv. Ich sah da auch einen kleinen Zusammenhang damit, dass die FDP-Fraktion zeitgleich ein "Donauforum" veranstaltet hat.

(Unruhe bei der SPD und den GRÜNEN)

Da wurde man vielleicht ein bisschen nervös.

(Lachen des Abgeordneten Dr. Thomas Beyer (SPD))

Ich kann Sie aber beruhigen, das hätten Sie nicht zu sein brauchen, denn bei uns ging es generell um die Donaustrategie und beispielsweise auch um die kulturelle Zusammenarbeit der Anrainerstaaten entlang der Donau. Sie sehen, die Donau ist immer wert, dass man über sie spricht. Die Donau sollte deshalb nicht auf die Frage verkürzt werden, ob wir Staustufen wollen oder nicht.

(Beifall bei der FDP)

Ich muss sagen, ich fand Ihre Verlautbarung sehr, gut, Herr Huber, Hut ab. - Nix Erwin, sondern Marcel.

(Erwin Huber (CSU): Sie können uns nur im Doppelpack haben!)

Hut ab, dass Sie die Variante "CSU 280" als die vermeintlich schlechtere ansehen, und, dass Sie das sanfte Konzept, das seit den Koalitionsverhandlungen von der FDP gefordert wird als "das bessere Donaukonzept", anerkennen. Dazu gehört Größe. Ich finde generell, man kann auch einmal einer anderen Partei zugestehen: Jawohl, das

ist doch gar nicht so verkehrt, was die gesagt haben. Im Übrigen glaube ich, wenn wir es in dieser Legislaturperioden schaffen sollten, gemeinsam als Koalition mit dem sanften Donauausbau endlich einen Schlusstrich unter diese Jahrzehnte lang andauernde Diskussion um die Donau zu ziehen, dann würden viele Bürgerinnen und Bürger das als einen wirklichen Erfolg dieser Koalition wahrnehmen. Lassen sie uns daran arbeiten.

(Beifall bei der FDP - Peter Meyer (FREIE WÄHLER): Meinen Sie das so?)

- Ja, Sie sehen, die FDP ist an gemeinsamen Erfolgen in der Koalition interessiert. Wir sind gekommen, um zu bleiben, und wir wollen unsere Arbeit hier fortsetzen.

(Beifall bei der FDP)

Ich fasse zusammen: Die Variante A, der sanfte Donauausbau, stellt eine bessere Partnerschaft von Ökologie und Ökonomie dar. Ich gehe sogar noch weiter. Nachdem der sanfte Donauausbau sogar noch ökologische Vorteile hat, ist die Variante A, der sanfte Donauausbau, nicht nur die beste Variante und die beste Partnerschaft von Ökologie und Ökonomie, sondern es handelt sich sogar um eine Win-win-Situation von Ökologie und Ökonomie. Ich plädiere und werbe dafür, dass wir uns dieses Themas sachlich annehmen und das Gutachten erst einmal auswerten. Ich glaube, das beste Zeichen für ein unabhängiges Gutachten wird sein, was viele Bürgerinnen und Bürger in diesem Land schon wissen: Das Gutachten sollte zu dem Ergebnis kommen, dass der sanfte Donauausbau eine Win-win-Situation für Ökologie und Ökonomie und damit für die Donau insgesamt wäre.

(Beifall bei der FDP)

Präsidentin Barbara Stamm: Zwischenbemerkung: Herr Kollege Rinderspacher, bitte.

Markus Rinderspacher (SPD): Verehrter Herr Kollege Thalhammer, der Bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer hat sich in den vergangenen Jahren immer wieder

und mit großer Entschlossenheit für den Donauausbau mit der Staustufenvariante C 280 ausgesprochen. Ich zitiere: "Ich bin dezidiert für den Donauausbau in der Variante C 280, der Lösung mit einer Staustufe." So die "Mittelbayerische Zeitung" vom 03.11.2009. Er, Horst Seehofer, stehe ohne Wenn und Aber hinter der CSU-Linie. Einen schleichenden Abschied von den Ausbauplänen werde es mit ihm nicht geben. - Gehe ich recht in der Annahme, dass der schleichende Abschied von den ursprünglichen Positionen bei Herrn Seehofer mit dem Interview von Herrn Minister Huber begonnen hat? Wie ist Ihre Position dazu, und wie bewerten Sie dies in diesem Zusammenhang?

Zweite Frage: Ich persönlich halte es für seltsam und verwunderlich, dass der bayerische Umweltminister große Interviews in einer bayerischen Tageszeitung gibt, es aber nicht für nötig hält, zumindest nach dem derzeitigen Stand, hier im Bayerischen Landtag ans Mikrofon zu treten.

(Beifall bei der SPD)

Offensichtlich muss das Herr Zeil machen. Ich halte das für eine Missachtung des bayerischen Parlaments und für einen Mangel an politischer Kultur.

(Zurufe von der CSU)

- Sie reden noch? - Dann nehme ich das zurück. Herr Thalhammer, sind Sie wie ich der Auffassung, dass der, der solche Interviews gibt, konsequenterweise als Abgeordneter im Bayerischen Landtag dann auch dem Antrag von SPD, GRÜNEN und FREIEN WÄHLERN zustimmen müsste, wie Sie selbst es tun? Müsste Herr Huber in der Konsequenz nicht mit der Opposition stimmen, wie Sie es selbst tun?

(Beifall bei der SPD)

Tobias Thalhammer (FDP): Nein. Herr Fraktionsvorsitzender, prinzipiell hat jeder Abgeordnete das Recht zur freien Meinungsäußerung. Das gilt auch für Minister und das gilt vor allem dann, wenn es die Opposition gern anders hätte.

Ich möchte auch feststellen, dass jetzt gleich der stellvertretende bayerische Ministerpräsident sprechen wird. Ich sehe deshalb keine Missachtung des Parlaments, sondern ich sehe das Ganze sogar als ziemlich hoch angesiedelt an. Des Weiteren ist auch einmal klarzustellen, dass wir als Parlament dankbar sein sollten, vielleicht auch ein bisschen glücklich, dass unser Ministerpräsident so häufig hier sitzt. Das hat wirklich Respekt und Anerkennung verdient. Danke schön dafür.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Und ob, mit was auch immer, ein Meinungsbildungsprozess zustande kam, das weiß ich nicht. Das habe ich auch nicht zu bewerten. Aus meiner persönlichen Erfahrung kann ich Ihnen aber von meinem intimen Meinungsbildungsprozess berichten.

(Unruhe bei der SPD)

Ich habe am Anfang gedacht, dieser sanfte Donauausbau, das ist doch nichts Halbes und nichts Ganzes. Ich bin den ersten Argumenten gefolgt und habe gedacht, oh, da wären unglaublich mehr Tage schiffbar. Für jemanden, der wie ich nicht nur die Ökologie sieht, sondern auch die Ökonomie, war eigentlich klar: Wir müssen das gescheit ausbauen. Ich hatte immer noch das große Konzept einer durchgehenden, leistungsfähigen Transportstraße von der Nordsee bis zum Schwarzen Meer vor Augen, wo man eine Engstelle nicht brauchen kann. So war meine anfängliche Annäherung. Ich musste mit der Zeit feststellen, dass die Idee, die Nordsee mit dem Schwarzen Meer zu verbinden, aus einer ganz anderen Zeit stammt. Man hat damals noch gemeint, dass die Rohstoffe, beispielsweise vom Ruhrpott, tonnenweise nach Südosten transportiert werden. Man konnte sich damals nicht vorstellen, dass wir heute auch mit osteuropäischen Ländern ausgeglichene Handelsbilanzen haben. Das hat mich in meiner Überzeugung bestärkt, dass wir derzeit keinen Bedarf für diesen krassen Ausbau haben. In der Partnerschaft von Ökonomie und Ökologie hat in meinen Augen die Ökonomie etwas abgenommen. Ich sehe des Rätsels Lösung in einem sanften Donauausbau,

der die Ökonomie und die Ökologie stärkt. Deswegen erscheint mir das als eine vernünftige Lösung.

(Beifall bei der FDP)

Barbara Stamm (CSU): Für eine weitere Zwischenbemerkung hat sich Herr Kollege Dr. Runge gemeldet.

(Dr. Martin Runge (GRÜNE): Ich ziehe zurück!)

Dann darf ich jetzt für die Staatsregierung Herrn Staatsminister Zeil das Wort erteilen. Herr Staatsminister, bitte.

Staatsminister Martin Zeil (Wirtschaftsministerium): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Über einen sinnvollen Donauausbau wird nach jahrzehntelangen Diskussionen und vielen Gutachten nicht durch einen - im Übrigen mit Fehlern gespickten - Dringlichkeitsantrag der Opposition entschieden, sondern in einem geordneten Verfahren.

(Beifall bei der FDP und der CSU - Lachen des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

Wenn man den Antrag liest, stellt man fest, dass es da zum Teil auch an Sachkenntnis fehlt. Man kann der Variante C 280 manches nachsagen und vieles an ihr kritisieren, nur nicht, dass sie unwirtschaftlich wäre; denn die im Rahmen der Studie des renommierten Planco-Instituts vorgenommene Wirtschaftlichkeitsprognose ergibt nicht nur für die Variante A, sondern auch die Variante für C 280 ein sehr gutes Kosten-Nutzen-Verhältnis.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Deshalb seid ihr dagegen!)

Wie Sie auf die geradezu absurde Zahl von 9.000 ha beeinträchtigten Schutzgebietes kommen, ist mir ein Rätsel. Wenn es zwei Nullen weniger wären, wäre es immer noch zu viel, aber zumindest die richtige Größenordnung.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das haben wir nicht geschrieben!)

- Das steht aber drin. Sie haben den Antrag offenbar unterschrieben, ohne ihn vorher zu lesen. Das ist ja noch schlimmer.

In diesem Zusammenhang - das ist für diese Debatte sehr wichtig - ist ein Gesichtspunkt von Bedeutung, der in vielen Presseberichten über die Zerstörung von Fauna und Flora durch den Donauausbau nicht beachtet wird. Für einen großen Teil der Beeinträchtigungen sind die Maßnahmen für den Hochwasserschutz verantwortlich, der, wie ich gerade verstanden habe, einhellig getragen wird, und nicht der Ausbau der Schifffahrtsstraße. So wurde beispielsweise die Beeinträchtigung der Reviere des Brachvogels durch den Donauausbau beklagt, betroffen ist der Brachvogel aber allein durch die ohnehin notwendigen Maßnahmen für den Hochwasserschutz. Ich möchte hier sehr deutlich sagen: Der Hochwasserschutz wird in der Studie für beide Varianten in Planfeststellungstiefe durchgeplant. Die in den Untersuchungen genannten Umweltauswirkungen für beide Varianten schließen dabei auch immer die Auswirkungen der Maßnahmen für den Hochwasserschutz ein. Zusätzliche Bundes- und EU-Mittel für den Hochwasserschutz für die Variante A werden durch einen Verzicht auf die Variante C 280 natürlich nicht frei.

Herr Kollege Perlak, Sie haben die Kosten und die Studie angesprochen. Zur Wahrheit gehört auch, dass es ein SPD-Bundesverkehrsminister war - ich habe damals mit ihm verhandelt -, der diese Studie in Auftrag gegeben hat.

(Zurufe von der SPD)

- Selbstverständlich, das war ein SPD-Bundesverkehrsminister. Ich will nur darauf hinweisen; dieses Pingpong-Spiel ist der Sache auch unangemessen.

Herr Hallitzky, Sie haben gesagt, die Donau sei keine Wasserstraße. Ich weiß nicht, wie Sie zu der Auffassung kommen. Die Donau ist selbstverständlich eine Wasserstraße von europäischem Rang. Wir ringen um die richtige Art des Ausbaus. Es gibt kaum

jemanden, der sagt, dass überhaupt nichts geschehen muss. Hintergrund aller Überlegungen ist die Anerkennung der Donau als europäische Wasserstraße, jedenfalls dann, wenn man sich mit der Angelegenheit sachlich und richtig beschäftigt.

Ich halte den Antrag mit seiner Zielrichtung, abgesehen von seinen inhaltlichen Mängeln, zum jetzigen Zeitpunkt für verfrüht. Ich habe mich bei der Amtsübernahme auch persönlich für die Schaffung einer Projektorganisation für die Durchführung der Studie eingesetzt, die nicht nur ressortübergreifend, sondern auch ausgewogen ist. Das war der Grund, warum ich die Wasser- und Schifffahrtsdirektion Süd mit dem Vorsitz der Arbeitsgruppe beauftragt und dafür gesorgt habe, übrigens damals im Einvernehmen mit dem Bundesverkehrsminister, dass die betroffenen Interessengruppen in Form einer Monitoring-Gruppe frühzeitig eingebunden werden. In dieser Monitoring-Gruppe haben sich Vertreter der Umweltverbände, der Wirtschaft und der Schifffahrt in bisher 29 ganztägigen Sitzungen intensiv und ehrenamtlich mit den Untersuchungen auseinandergesetzt. Es gebietet der Respekt vor der Arbeit, die hier geleistet worden ist - nicht nur vor den über tausend Seiten; Herr Kollege, wir wissen noch nicht genau, wie viele Seiten es werden -, dass wir das nicht mit einem Federstrich abtun und sagen: Das interessiert uns nicht, was da drinsteht, das schauen wir gar nicht mehr genau an, wir legen uns heute durch einen Beschluss endgültig fest. Das wäre der Vorgehensweise und dem Umfang der Untersuchung in keiner Weise angemessen.

Ich möchte mir jedenfalls eine Prüfung der endgültigen, vollständigen Untersuchungen nicht nehmen lassen. Herr Kollege Huber, das gilt übrigens auch für die Kosten; denn auch da werden wir mit interessanten Ergebnissen zu rechnen haben.

(Eberhard Sinner (CSU): In jeder Hinsicht!)

Sie haben mich daraufhin angesprochen, ob ich ebenso wie meine Fraktion eine deutliche Präferenz für die Variante A habe. Das haben wir, als wir den Koalitionsvertrag schlossen und es diese Untersuchungstiefe noch nicht gab, festgelegt. Wir sehen uns in unserer Auffassung dadurch bestätigt, dass das Kosten/Nutzen-Verhältnis der Vari-

ante A ebenfalls sehr gut ist. Sie ermöglicht eine Steigerung des Transportaufkommens der Binnenschifffahrt von 11 Millionen Tonnen bis zum Jahr 2025 und greift auch nicht in dem Maße wie andere Varianten in das Landschaftsbild ein.

Wir sind auch gut beraten, wenn wir uns die ökologischen Gutachten sehr genau ansehen. Sie enthalten zwar keine Schwarz-Weiß-Malerei, aber es deutet doch einiges darauf hin, dass die Variante A auch aus ökologischer Sicht den Vorzug genießt. Ich freue mich natürlich, dass in den Reihen unseres Koalitionspartners eine Debatte in Gang gekommen ist. Ich finde daran auch überhaupt nichts, was man ins Lächerliche ziehen sollte, wie das hier zum Teil geschehen ist. Sie haben Zitate als Beleg dafür gebracht, welche Auffassungen jemand früher vertreten hat. Ich könnte Zitate vortragen, die zeigen würden, welche Auffassungen Sie zu großen Infrastrukturvorhaben früher vertreten haben, zum Beispiel zur zweiten Startbahn. So etwas kann man sich natürlich immer gegenseitig vorhalten. Ich finde einen solchen Denk- und Diskussionsprozess in demokratischen Parteien sehr gut. Es besteht meines Erachtens überhaupt kein Grund, aus dem geordneten Verfahren und dem Zeitplan zur Durchführung der Studie auszubrechen oder vor Abschluss der Studie endgültige Entscheidungen zu treffen ungeachtet der Präferenzen, die wir auch in der Koalition haben. Die äußerst aufwendige Studie verdient eine gründliche Würdigung und eine qualifizierte Beendigung des Prozesses.

Ich will abschließend darauf hinweisen: Wir sind aufgrund der Vorgeschichte gut beraten, wenn wir auf den letzten Metern nicht zu hudeln anfangen, sondern das gründlich machen. Wir schulden aber den Bürgern, der Wirtschaft und der gesamten Region, dass wir dann nach jahrzehntelanger Diskussion endlich zu Entscheidungen kommen.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Staatsminister. Jetzt hat für die Staatsregierung noch Dr. Marcel Huber ums Wort gebeten. - Bitte schön, Herr Staatsminister.

Staatsminister Dr. Marcel Huber (Umweltministerium): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte natürlich als wahrscheinlicher Verursacher der Tatsache, dass wir uns heute nach 22.00 Uhr hier über die Donau unterhalten, ein paar Worte dazu sagen. Ich schicke gleich voraus: Hier und heute und mit diesem Kenntnisstand kann es jetzt keine Sachdiskussion geben, schon gar nicht um diese Zeit.

(Margarete Bause (GRÜNE): Könnten Sie uns von Ihrem Kenntnisstand etwas abgeben?)

Ich werde heute hier nicht im Detail auf Zahlen und Argumente eingehen.

Ich begründe meinen Vorstoß mit der Kenntnis umfangreicher Untersuchungen in den letzten Jahren und auch des mir vorliegenden Zwischenberichts. Ich habe mich dazu entschlossen, eine Diskussion anzuregen, in der wir uns jetzt befinden.

Ich habe natürlich genau zugehört, was hier vorgebracht worden ist. Ich will aber im Detail nicht darauf eingehen. Ich möchte nur zwei Dinge richtigstellen:

Zum einen. Zu behaupten, beim Hochwasserschutz zwischen Straubing und Vilshofen sei nichts geschehen, ist schlicht und ergreifend falsch. Wir haben im Paket 1 bereits 64 Millionen Euro verbaut, im Paket 2 53 Millionen Euro und im Paket 3 sind weitere Projekte mit einem Volumen von 91 Millionen Euro in Planung oder in Umsetzung. Wir müssen damit rechnen, dass noch weitere 380 Millionen Euro an Investitionen notwendig sein werden, bis die gesamte Strecke für ein HQ 100, ein hundertjährliches Hochwasser, gerüstet ist. Diese Dinge sind dringend zu leisten. Ich meine, wir sollten die Gelegenheit nutzen, möglichst schnell an diese Sache heranzugehen.

Eine zweite Richtigstellung: Mehrere Redner haben das Geld für das zu erwartende Gutachten als hinausgeschmissen bezeichnet. Ich bin ganz anderer Meinung. Die Befürchtungen, dass die Rhein-Main-Donau AG der falsche Adressat war, der tendenziös urteilt, sind unbegründet. Ganz im Gegenteil. Hier ist eine sehr saubere und sehr

detaillierte Arbeit gemacht worden, soweit sie mir bisher zugänglich ist. Ich bin ganz sicher, dass wir daraus noch wichtige Hinweise für mögliche Verbesserungen ziehen können.

Mein besseres Donaukonzept fußt auf der Variante A, von der wir aufgrund der Erkenntnisse aus der Studie einige Elemente übernehmen können. Wir hätten diese Erkenntnisse nicht, wenn wir die Studie nicht in Auftrag gegeben hätten. Meine Vorschläge gehen beim Hochwasserschutz über die Variante A hinaus. Darin ist eine komplett durchgeplante Beschreibung eines Donauhochwasserschutzkonzepts enthalten. Es sind Verbesserungen der Verkehrssicherheit und der Schiffbarkeit enthalten. Die Leitsysteme und all diese Dinge sind noch nicht umgesetzt und könnten einen wesentlichen Beitrag dazu leisten, den Unfallschwerpunkt auszuräumen.

Ich sage ganz ausdrücklich: Auch die Variante A hat einen enormen Eingriff in die Natur zur Folge. Ich habe meinen Vorschlag eingebracht, um den Eingriff so weit auszugleichen, dass man sagen kann: Das ist vielleicht eine Kompromisslösung, die von allen getragen werden kann. Ich würde mich freuen, wenn der Vorschlag in der kommenden Sachdiskussion erwogen würde.

Die Sachdiskussion zur Findung der richtigen Lösung fängt erst dann an, wenn alle die Unterlagen zu diesem Gutachten haben. Nur dann gehen wir mit diesem komplizierten und schon lange diskutierten Thema korrekt um.

Ich würde mich freuen, wenn am Ende dieses Diskussionsprozesses das herauskäme, was Sie in Ihrem Antrag fordern. Das heute zu fordern, was ich als Denkanstoß eingebracht habe, ohne die Ergebnisse in der Fläche zu haben und den Diskussionsprozess geführt zu haben, ist zu früh. Dafür ist die Studie zu schade. Das müssen wir in einem geordneten Prozess machen, den Minister Zeil gerade beschrieben hat.

(Zuruf der Abgeordneten Margarete Bause (GRÜNE))

Aus diesem Grund werde auch ich heute nicht mit Ihnen stimmen, sondern Ihren Antrag ablehnen, weil wir diese Dinge geordnet machen müssen, wie wir das üblicherweise machen.

(Beifall bei der CSU und Abgeordneten der FDP)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Staatsminister. - Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen und wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

Ich lasse zunächst über den Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion auf Drucksache 16/14095 abstimmen. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - CSU und FDP. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. - FREIE WÄHLER, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie Frau Kollegin Dr. Pauli. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

Wir kommen nun zur namentlichen Abstimmung über den interfraktionellen Dringlichkeitsantrag 16/14078 der Fraktionen der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FREIEN WÄHLER. Die Urnen stehen bereit. Ich bitte, die Stimmkarten einzuwerfen. Fünf Minuten.

(Namentliche Abstimmung von 22.17 bis 22.22 Uhr)

Die Zeit ist um. Ich schließe die Abstimmung und bitte, die Stimmkarten draußen auszuzählen.

Zunächst darf ich das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion "Asylverfahren beschleunigen" auf der Drucksache 16/14076 bekanntgeben. Mit Ja haben 76, mit Nein 58 Kolleginnen und Kollegen gestimmt. Es gab zwei Stimmenthaltungen. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

(...)

Präsidentin Barbara Stamm: Ich darf das Ergebnis der Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der Fraktionen der SPD, der GRÜNEN und der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 16/14078 "Bewahrung der frei fließenden Donau" bekannt geben. Mit Ja haben 60 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 73 gestimmt, Enthaltungen gab es keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)

